

GLOBAL WOMEN'S
GENERAL STRIKE
MARCH 9

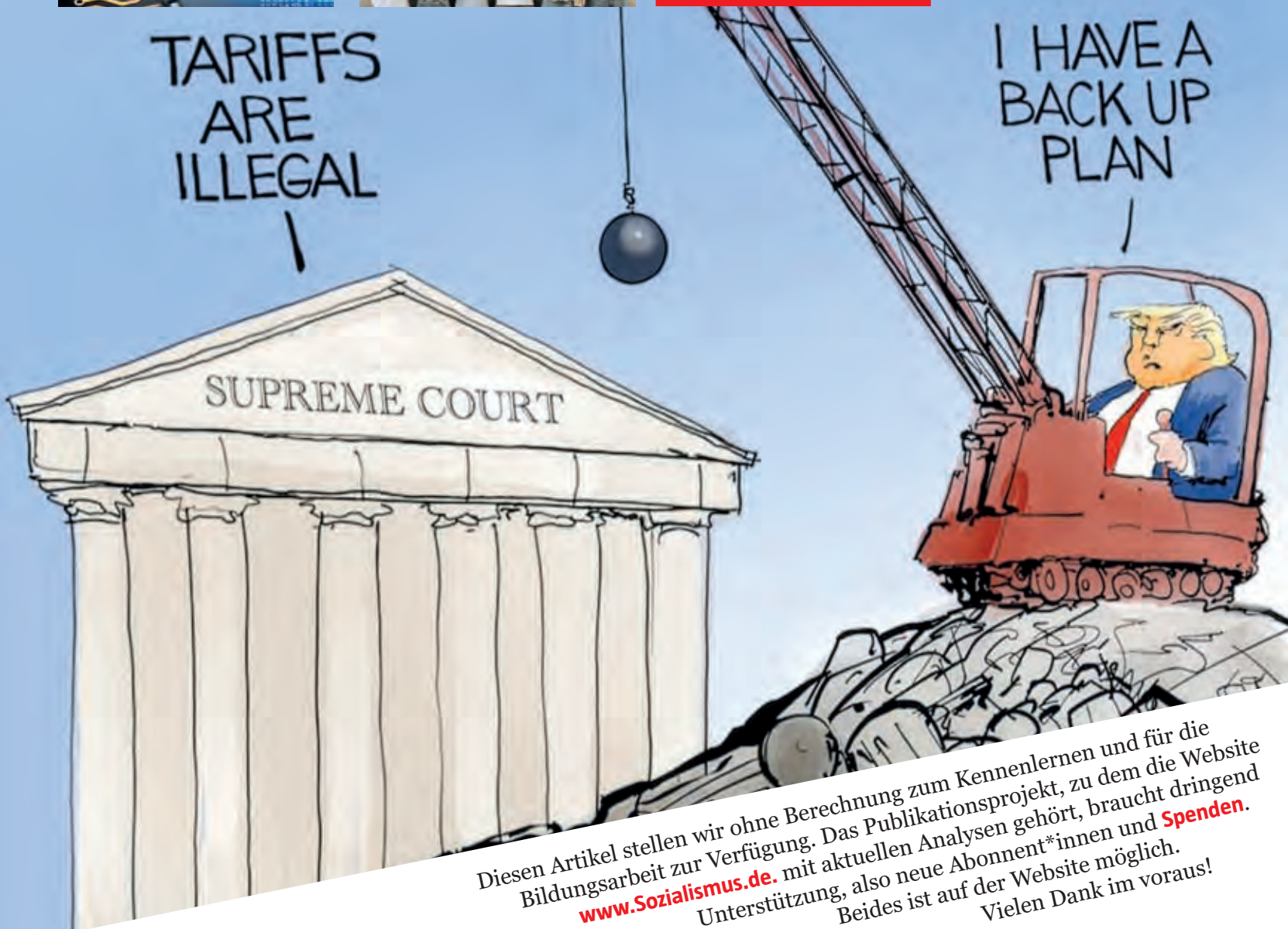
Die Linke
hilft

A. Kapsalis: Arbeitsrechte und
Streiks in Griechenland
Kalle Kunkel: Tarifikämpfe von
ver.di in Krankenhäusern

Beiträge u.a. von
Stephanie Odenwald, Brigitte
Schiffler, Hans-Jürgen Urban,
Bernd Riexinger, Steffen Lehn-
dorff, Hasko Hüning, Friedrich
Steinfeld, Joachim Bischoff



Forum
Gewerkschaften



Diesen Artikel stellen wir ohne Berechnung zum Kennenlernen und für die
Bildungsarbeit zur Verfügung. Das Publikationsprojekt, zu dem die Website
www.Sozialismus.de mit aktuellen Analysen gehört, braucht dringend
Unterstützung, also neue Abonnent*innen und **Spenden**.
Beides ist auf der Website möglich.
Vielen Dank im voraus!

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Trotz zermürendem Patt geht der Krieg ins fünfte Jahr

Nachdem es Trump geschafft hat, einen Waffenstillstand im Gaza-Krieg durchzusetzen, ließ er zur Beendigung des Krieges in der Ukraine einen »Friedensplan« unter starker Berücksichtigung russischer Forderungen von seinem Unterhändler Steve Witkoff und seinem Schwiegersohn Jared Kushner erarbeiten. [...]

Außenkanzler mit Aufbruch und ohne Sozialkürzungen?

Der Bundesparteitag der CDU war ein Treffen der verschiedenen programmatischen Strömungen – und damit zugleich ein Kräftemessen der innerparteilichen Spannweite zwischen wirtschaftsliberalen Ansprüchen, sozialpolitischer Rücksicht auf den Koalitionspartner SPD und dem Anspruch, als Volkspartei führungsfähig zu bleiben. [...]

Die Liberalen lassen Holland von rechts regieren

Nach den Parlamentswahlen im Oktober des Vorjahres bringt der linksliberale Rob Jetten (D66) jetzt eine Minderheitsregierung an den Start, die zum Regieren auf Teile der mittlerweile fünf rechtsradikalen Gruppierungen angewiesen ist. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Für Frauenrechte und den Ausbruch aus patriarchalen Gehäusen

Stephanie Odenwald: Enough! Wir haben genug!
Globaler Frauenstreik anlässlich des internationalen Frauentags 2026 2

Friedrich Steinfeld: Widersprüche des Lebens und intime Beziehungen
im Postfordismus. Zu »Intermezzo«, dem neuen Roman von Sally Rooney 5

Polarisierte Jugend, linke Alternativen

Klaus Bullan: Polarisierte und zukunftsbedrohte junge Generation?
Jugendliche in Deutschland und Europa 11

Bernd Riexinger: Baden-Württemberg vor Landtagswahlen
Die Linke könnte erstmals in den Landtag einziehen 18

Hans-Jürgen Urban:
Linke Politik als transformative Kraft 22

Steffen Lehnndorff: Die EU bietet Chancen – aber werden sie genutzt?
Das Beispiel »Corona-Wiederaufbaufonds« 28

Trump wird gebremst, China im Vormarsch

Joachim Bischoff: Dämmerung im Zeitalter Trump? »Unpatriotische und dumme Richter« widersprechen der Zollpolitik und sein Rückhalt schwindet ... 32

Claus-Jürgen Göpfert: Patrioten im Widerstand. Wie US-Bürger
in Frankfurt am Main gegen die Herrschaft von Trump kämpfen 38

Brigitte Schiffler: Hat Trump in Venezuela aufgeräumt?
Über den Umgang mit der boliviarischen Revolution 42

Wolfgang Müller: Elektrostaat gewinnt gegen Petrostaat
Die Volksrepublik China führt im Technologiekrieg 47

Forum Gewerkschaften

»Griechenland ist Warnung und Vorbote«. Gespräch mit Apostolis Kapsalis
über Arbeitsrechte, Tarifverhandlungen und die Lage der Gewerkschaften 52

»ver.di hat Neuland betreten«
Gespräch mit Kalle Kunkel über Tarifikämpfe in Krankenhäusern 56

Ende des Kapitalismus, Erneuerung der Lohnarbeit?

Joachim Bischoff: Vor einem nahenden Ende des Kapitalismus?
Zu Sven Beckerts »Kapitalismus. Geschichte einer Weltrevolution« 58

Hasko Hüning: Emanzipative Erneuerung der Lohnarbeit. Anforderungen
an den gesellschaftlichen Transformationsprozess (zu Nicole Mayer-Ahuja) 63

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 67

Veranstaltungshinweise 68

Klaus Schneider: »No Other Choice« (Filmkritik) 69

Linke Politik als transformative Kraft

von ■ Hans-Jürgen Urban



Die Linke diskutiert ein neues Grundsatzprogramm (Foto: Martin Heinlein/Flickr/Die Linke)

Ich möchte im Folgenden mit einer weitergehenden, mittel- und langfristigen Perspektive einige Bewährungsproben benennen, vor denen aus meiner Sicht die Linke steht und die es programmatisch, strategisch und politisch praktisch zu bewältigen gilt. Meine Kernthese dabei lautet: Linke programmatisch orientierte Politik sollte sich als transformative Kraft verstehen, als Kraft, die die sozialen, ökologischen und alltagskulturellen Verhältnisse in Richtung von Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Anerkennung umzuwandeln trachtet. Nicht die Verteidigung des Status quo, sondern die Veränderung, die radikale Verschiebung von Kräfteverhältnissen, Strukturen und Normen in dieser Gesellschaft nach links müssten in den Zeilen und zwischen den Zeilen eines neuen aktuellen Programms zu finden sein.

Der weite Kontext: Politik in »aggressiven Weltverhältnissen« (Göran Therborn)

In welchem Kontext findet all das statt? Ich beginne mit dem globalen Kontext und will dafür den schwedischen Marxisten Göran Therborn zu Rate ziehen, der wie folgt argumentiert: »Dieser

Essay ist ein Versuch, den Kontext der Linken im 21. Jahrhundert und ihre innovativen Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit zu verstehen: die sich abzeichnende Klimakatastrophe, die neue Welt imperialer Geopolitik und die abgrundtiefe wirtschaftliche Ungleichheit in einer zunehmend vernetzten Welt.«¹ Diese Auflistung gibt einen ersten Hinweis auf grundlegende Aufgaben, die auf die Linke in den Nationalstaaten, aber auch darüber hinaus warten: die Neuorganisation und die radikale Umverteilung von Wertschöpfung, Einkommen und Reichtum in der Welt; die Transformation von Produktions- und Lebensweise im Sinne von Nachhaltigkeit; und natürlich die Positionierung der Linken, der globalen Linken, als eine Kraft nichtkriegerischer, zivilisierter Konfliktlösung in »aggressiven Weltverhältnissen«.

Diese neue Weltordnung wird uns noch lange zu schaffen machen. Die verbleibende Supermacht USA, die aufstrebende Großmacht China, die absteigende Atommacht Russland, vielleicht bald auch Indien, Brasilien und andere, sind gegenwärtig dabei, in harten, zum Teil kriegerischen Auseinandersetzungen die Welt neu aufzuteilen. Was wir gegenwärtig erleben, sind im-

perialistische Konkurrenzen um die Neuaufteilung der ökonomischen, der politischen und der normativen Einflussphären. Wie sich die Linke in diesem Kontext positioniert, ist genauer zu analysieren und zu diskutieren. Befinden wir uns bereits in einer multipolaren Weltordnung oder erleben wir eine eher chaotische geökonomische und geopolitische Fragmentierung, in der sich noch keine Hegemonialordnung abzeichnet?

Bei allen Unwägbarkeiten und bei allen differenzierten Betrachtungen sollte eines für die Linke klar sein: Wenn der sogenannte Westen, also das Ensemble der nördlichen kapitalistischen Metropolen, ihre Gegner mit der Elle von Völkerrecht und Menschenrechten misst, selber aber keine Gelegenheit auslässt, genau dagegen zu verstoßen, ja selbst Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen, dann ist das nicht nur eine völlig inakzeptable Doppelmoral; dann erfordert das von der Linken eine laute, klare und kämpferische Opposition gegenüber imperialistischer Anmaßung und moralischer Heuchelei.

Der engere Kontext: die Krise des deutschen Kapitalismus

Eine wesentliche Zäsur dieser Entwicklung besteht im Ende der neoliberalen Globalisierung. Sie hat die Welt in eine Unordnung gerissen, in der genau das stattfindet, was wir jetzt erleben, die Zerstörung von Völkerrecht und Menschenrechten. Und wir erleben gerade das Ende der Verdichtung von Produktion und Handel, die Verfestigung alter Dominanzstrukturen (wie etwa die Vorherrschaft der USA über die Finanzmärkte), die Herausbildung neuer Dominanzstrukturen (zum Beispiel die Konfrontation von »zwei getrennten digitalen Technikphären« [Stefan Schmalz] aus den USA und China), und nicht zuletzt die zunehmende Evidenz, dass die planetaren Grenzen diese Art von Wirtschaften nicht mehr aushalten. Diese Entwicklungen und vieles mehr deuten auf geökonomische, geopolitische sowie ideologische Fragmentierungen hin, die wir bislang weder vollständig verstehen oder gar in ihrer weiteren Entwicklung voraussagen können.

Die Entwicklung hat auch massive Auswirkungen auf die deutsche Kapitalismus-Variante, die insbesondere auf vier Stützen beruhte: Sie war in hohem Maße exportorientiert, industriebasiert, konfliktpartnerschaftlich reguliert – nicht, dass es keine Klassenkämpfe gab, aber die Art und Weise der Austragung dieser Kämpfe fand in einem Rechtsrahmen statt, der vergleichsweise schnell zu Kompromissen führte – und der deutsche Kapitalismus beruhte natürlich auf fossilen Energien und bezog seine Wettbewerbsvorteile nicht zuletzt durch einen besonders günstigen Zugang zu Kohle, Öl und Erdgas.

Alle Stützen befinden sich in einer krisenhaften Erosion. Der Export wird sich im heutigen Umfang schon deshalb nicht mehr halten lassen, weil die imperialen Kämpfe auch über Zölle ausgetragen werden, die den Zugang zu externen Märkten erheblich erschweren; die Industrie steht aus weiteren Gründen unter Druck, auf die ich später zurückkomme; das Kapital hat die sogenannte »Konfliktpartnerschaft« (Walter Müller-Jentsch) aufgekündigt, wittert die Chance zur Schwächung von Betriebsräten und Gewerkschaften und stellt in nahezu allen Betrieben erkämpfte Kompromissstrukturen infrage; wir erleben eine neue

Aggressivität in den betrieblichen sowie den sozial- und tarifpolitischen Klassenauseinandersetzungen, auf die es zu reagieren gilt. Und – das ist und bleibt der politökonomische Kern der Krise – die ökonomischen und sozialen Kosten des fossilistischen Produktionsmodells steigen und die Überdehnung der planetaren Grenzen wird immer deutlicher.

Nicht einzelne Aspekte, sondern das gesamte Entwicklungsmodell des deutschen Kapitalismus steckt in einer tiefen, einer systemischen Krise. Das muss Konsequenzen für linke Strategien haben. Die Linke kann sich nicht mit krisenpolitischen Einzelstrategien begnügen. Sie muss dem systemischen Charakter der Krise Rechnung tragen, muss Politik für ein neues Entwicklungsmodell entwerfen und praktizieren. Ein Modell, das die Defizite des alten überwindet und sich in eine neue Zukunft aufmacht, in der wir anders und besser leben können; und zwar alle, die in unserer Gesellschaft leben.

Klare Kante und offene Tür – zwei Seiten des Anti-Faschismus von links

Bevor ich auf die politische Ökonomie dieses Veränderungsprozesses eingehe, muss ich auf die Entwicklung eingehen, die die Spielräume gerade für linke Politik erheblich gefährdet: den seit Jahren andauernden gesellschaftlichen und politischen Ruck nach rechts. Dieser ereignet sich nicht nur in unserer Gesellschaft, sondern er erfasst alle Spielarten des Kapitalismus. Den eher sozialdemokratisch orientierten skandinavischen Kapitalismus, den eher neoliberal orientierten angelsächsischen sowie den einstmals sozial-korporatistisch geprägten deutschen und französischen Kapitalismus. Offensichtlich hat das etwas mit der kapitalistischen Grundstruktur zu tun, die alle diese Gesellschaften teilen.

Schon bei der deutenden Beschreibung dessen, was sich da abspielt, signalisiert die Vielzahl der Begriffe in der wissenschaftlichen und politischen Szene eine gewisse Unsicherheit, um nicht zu sagen, Ratlosigkeit: Autoritärer Liberalismus, rechter Autoritarismus, autoritärer Nationalradikalismus, demokratischer Faschismus, Faschisierung. Bei der Bekämpfung von links sollten zwei strategische Komponenten eine Rolle spielen, die ich an anderer Stelle als Doppelstrategie aus klarer Kante und offener Tür beschrieben habe. Offene Tür meint nicht, den Rechten politisch oder ideologisch entgegenzukommen. Auch nicht den Verwirrten, die glauben, mit ihrem rechten Votum etwas Gutes ausrichten zu können. Das machen die Konservativen, und das geht immer schief. Offene Tür bedeutet denjenigen, die berechtigte Wut auf die Missstände der Gesellschaft haben, solidarische und nicht rassistische, nationalistische und fremdenfeindliche Lösungsangebote für die eigenen Probleme zu machen.

Wenn jemand wütend ist, weil er von dem Geld nicht leben kann, das er am Monatsende erhält; wenn jemand wütend ist

Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Honorarprofessor für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Bei diesem Beitrag handelt es sich um die leicht überarbeitete und gekürzte Fassung der Key-Note zum Auftakt der Konferenz der Programmdiskussion der Partei Die Linke am 10. Januar 2026 in Berlin.

¹ Göran Therborn, *Die Linke im 21. Jahrhundert. Progressive Selbsterneuerung in aggressiven Weltverhältnissen*. Eine Flugschrift. Hamburg 2023.

über Arbeitgeberwillkür im Betrieb, und wenn jemand wütend ist über seinen Wohnort, der abgehängt ist, wo kein Bus mehr fährt, wo keine Sparkasse mehr ist und wo keine Ärzte zu finden sind – dann müssen wir diesen Menschen nicht ausreden, dass sie eine Berechtigung haben, wütend zu sein. Dann müssen wir mit ihnen darüber streiten, was die richtige Reaktion auf die Missstände ist. Gegen Dumpinglöhne helfen erkämpfte Tarifverträge, gegen Arbeitgeberwillkür helfen starke Betriebsräte und Gewerkschaften und gegen abgehängte Regionen helfen öffentliche Investitionen in die soziale und verkehrstechnische Infrastruktur, für die man ebenfalls kämpfen muss. Das wäre die offene Tür, eine Einladung gemeinsam für solidarische Antworten auf berechnete Probleme zu kämpfen.

Der Soziologe in mir analysiert und argumentiert natürlich differenzierter. Wenn soziale Abstiegsenerfahrungen und Statusängste die Grundlage für autoritäres Denken sind, dann braucht man vor allem eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den Menschen attraktive soziale Perspektiven aufzeigt. Wenn das Gefühl einer politischen Repräsentationslücke, also der Eindruck, dass die eigenen Interessen in abgehobenen politischen Entscheidungen keine Rolle mehr spielen, die Bereitschaft fördert, sich rechten Deutungsmustern hinzugeben, dann braucht es eine radikale Demokratisierung dieser Entscheidungsprozesse. Und wenn das Gefühl kultureller Abwertung und der Entwertung eigener Leistungen und Identitäten das Entscheidende ist, wenn sich also das Empfinden verfestigt, die eigene Biografie und die beruflichen Leistungen gelten nichts mehr (Arlie R. Hochschild spricht hier von »Stolen Pride«), dann braucht es entsprechende Anerkennungsstrategien und gesellschaftliche Debatten, durch die nicht nur mainstreamige Erfolgskarrieren gesellschaftliche Wertschätzung erhalten.

Aber ich sage genauso klar: Wenn Rechte, Rassisten, Faschisten und Reaktionäre erfolgreich sind, weil sie mit Sündenbocktheorien, mit falschen und menschenunwürdigen Erzählungen Zustimmung erreichen, wenn also der rechtsradikale Kampf erfolgreich ist, dann braucht es keine soziologische Feinanalyse, dann braucht es antifaschistische Politik von links. Die offene Tür ist unverzichtbar, denn wir können nicht 25% oder 30% der Gesellschaft rechts liegen lassen. Aber die klare Kante ist nicht weniger bedeutsam, denn es geht nicht darum, progressive Positionen zu verwässern, sondern es geht darum, mit der notwendigen Klarheit in den demokratischen Kampf gegen rechts einzusteigen. Und es geht darum, Kernelemente der politischen Demokratie zu verteidigen. Diese Aufgabe darf in der Linken nicht gering geschätzt werden. So unzulänglich die kapitalistische Demokratie auch sein mag, sie bietet die Möglichkeit, weiterhin mit kapitalismuskritischen Positionen im Streit zu bleiben. Diese Spielräume sind keineswegs selbstverständlich, wie ein Blick in die USA unter Trump zeigt, wir sollten diese zivilisatorische Errungenschaft entsprechend wertschätzen und verteidigen.

Dekarbonisierung und Demokratisierung – zur Ökonomie eines nachhaltigen Entwicklungsmodells

Der Kern des linken Transformationsprozesses ist und bleibt ein politökonomischer. Er besteht in der Jahrhundertaufgabe, die Art und Weise, wie wir produzieren, konsumieren und le-

ben, also unsere Produktions- und Lebensweise so zu verändern, dass sie mit den Nachhaltigkeitserfordernissen der Natur kompatibel ist. Unsere spezifische Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, diejenigen, die unter den kapitalistischen Spielregeln die programmierten Verlierer*innen sein werden, zu schützen und ihre Interessen zu vertreten. Unser Job ist es dafür zu sorgen, dass in der ökologischen Transformation diejenigen, die von abhängiger Arbeit oder von Sozialeinkommen leben und dass diejenigen, die in anderer Form sozial vulnerabel sind, nicht unter die Räder geraten. So kann und muss aus der ökologischen eine sozial-ökologische Transformation werden. Wenn das Ganze unter den Spielregeln kapitalistischer Märkte abläuft, dann wird die Gesellschaft weiter gespalten. Dann werden sich diejenigen, die über hinreichende Ressourcen verfügen, in Sicherheit bringen können und die große Mehrheit der Gesellschaft wird darunter leiden. Das zu verhindern, ist unser Job. Nicht Veto-Spieler gegen die grüne Transformation sein, sondern auf der Seite derer stehen, die uns brauchen.

Das alles ist leichter gesagt als getan. Viele meiner Kolleg*innen aus der IG Metall arbeiten in den sogenannten Carbon-Branchen, die einen besonders hohen Teil an CO₂-Emissionen verursachen und die sich deswegen in der Mitte des Transformationsstrudels befinden. Das gilt für die Stahlindustrie, die Automobilindustrie und andere Branchen. Deswegen ist es vor allem Aufgabe von Gewerkschaften, darüber nachzudenken, wie der ökologische Transformationsprozess vorangetrieben und gleichzeitig die abhängig Beschäftigten geschützt werden können.

Die Degrowth-Debatte, die in der kritischen Linken geführt wird, ist eine sehr wertvolle Debatte gewesen, und sie bleibt es. Aber mit Blick auf die industrielle Wertschöpfung müssen die Debatten neu justiert werden, denn Degrowth findet statt. But it's Degrowth by Disaster. It's not Degrowth by Design, um Formulierungen von Peter Victor zu verwenden. Was wir gegenwärtig erleben, ist ein Prozess der Deindustrialisierung Deutschlands, der wenig zur Ökologisierung des Produktionsmodells, aber viel zur sozialen Spaltung der Gesellschaft beitragen wird. Wir erleben eine Transformationskrise, die fast ausschließlich zulasten der Beschäftigten geht. Im letzten Jahr gingen in der Metall- und Elektroindustrie etwa 100.000 Arbeitsplätze verloren. Das war nicht Resultat geordneter Degrowth-Strategien mit Versorgungs- und sozialen Zukunftsperspektiven für die Betroffenen, das war kapitalistische Krisenregulation der eigenen Art.

Die Umstellung vom Verbrenner auf die E-Mobilität ist nicht die Lösung, aber sie ist ein Teil der Lösung. Natürlich muss diese Umstellung begleitet werden von Strategien der Vermeidung von Verkehr, durch regionale Kreislaufwirtschaft und ortsnahe Recycling. Notwendig ist zugleich die Umlenkung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene und unverzichtbar sind Strategien der Integration von Verkehr, die durch digitale Technologien erleichtert werden können. Doch der entscheidende Punkt ist, dass der Übergang in eine nachhaltige Mobilität aus der Perspektive der abhängig Arbeitenden organisiert wird. Das schaffen die Gewerkschaften nicht allein, nicht mal die IG Metall. So wird eine Linie von Aufgaben deutlich, die die Kooperation zwischen der politischen Linken und den Gewerkschaften grundieren kann.

Es ist kein Zufall, dass die über Märkte und die kapitalistische Profitlogik laufende Transformation die Gesellschaft weiter in Gewinner und Verlierer spaltet. Das hat etwas damit zu tun, wie diese Gesellschaft funktioniert: »Die kapitalistische Produktion entwickelt die Technik und die Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt, die Erde und den Arbeiter.« Dieser prägnante Satz von Karl Marx findet sich am Ende des ersten Bandes des *Kapitals* und bringt eine Quintessenz seiner Kapitalismusanalyse zum Ausdruck: Die Ausbeutung von Arbeitskraft und Natur ist zum einen die Quelle von Profit, aber auch von Produktivität und Wohlstand, und sie untergräbt zugleich die Voraussetzungen der gesellschaftlichen Produktions- und Existenzweise. Aus dieser Falle kommt der Kapitalismus allein nicht raus. Aus dieser Falle muss man ihn rausdrängen. Und das geht nur über Politik. Über Politik, die bis dahin vordringt, wo die entscheidenden Machtressourcen im Kapitalismus generiert werden; wo der Produktionsmittelbesitz einigen Wenigen das Recht einräumt, über die Produktion und damit über die Ausbeutung von Natur und von Arbeitskräften zu entscheiden.

Die radikale Demokratisierung der kapitalistischen Ökonomie ist die Voraussetzung dafür, die ökologische Transformation so organisieren zu können, dass die Überausbeutung der Natur beendet wird und dabei die Mehrheit der Gesellschaft nicht auf der Strecke bleibt. Diese Demokratisierung der Ökonomie ist nicht minder anspruchsvoll wie ihre Dekarbonisierung. Auch sie ist ein Jahrhundertprojekt. Sie muss, wie das in der sozialwissenschaftlichen Debatte so schön heißt, als Mehrebenen-Strategie entworfen werden. Sie muss auf der Makroebene, der nationalstaatlichen Ebene, mit harten verbindlichen Vorgaben, etwa mit Blick auf den CO₂-Ausstoß, auf Produktqualität und Umweltverträglichkeitsprüfungen, einhergehen. Sie braucht eine ökonomische Rahmenplanung, denn es muss klar sein, wohin die Gesellschaft die Ökonomie lenken will, wie sie auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad kommen kann. Und sie muss – wenn es nicht anders geht und es geht nicht anders – mit unterschiedlichen Maßnahmen von Investitionslenkung verbunden sein. Ich erinnere an die Debatten aus den 1970er- und 1980er-Jahren über Formen indikativer und imperativer Investitionslenkung. Hier geht es ans Eingemachte. Die Berechtigung des Kapitals, aus dem Besitz an Produktionsmitteln alleine ableiten zu können, wohin investiert wird, mag in einer Zeit, in der man auf die Umweltschäden nicht geachtet hat, einigermaßen plausibel gewesen sein. In der heutigen Zeit, in der die »Gratisgaben der Natur« (Friedrich Engels) überbeansprucht werden, kann das so nicht weitergehen. Eine öko-soziale Wirtschaftsdemokratie muss in die Kernbereiche kapitalistischer Entscheidungen vordringen und das sind nun mal die Investitionsentscheidungen. Sie müssen demokratisiert und den gesellschaftlichen und ökologischen Bedarfen angepasst werden.

Zugleich braucht Wirtschaftsdemokratie eine Fundierung in der Mesoebene. Wir müssen Transformationsregionen definieren, die Transformationscluster enthalten und über Transformationsräte reguliert werden. Vor allem muss sich Wirtschaftsdemokratie auf der Mikroebene, in den Betrieben, konkretisieren. Die Entscheidungen dürfen nicht ohne die Belegschaften ablaufen. Den Betrieb als Demokratiesphäre zu akzeptieren, bedeu-

tet, den betrieblichen Demos, also die Belegschaft, wirklich zur Herrschaft über betriebliche Entscheidungen zu bringen. Davon sind wir weit entfernt. Auch die existierenden Modelle von Mitbestimmung bleiben weit dahinter zurück.

Und schließlich erweist sich eine transnationale Rahmensetzung als unverzichtbar. Das gilt gerade in einer Zeit, in der die Zwänge eines imperialistischen Protektionismus der ökologischen Transformation den Garau machen könnten.

Aber wie soll eine Demokratisierung der Ökonomie als Mehrebenensystem konzipiert und dann auch noch realisiert werden? Wie hält man das Ökologische und das Soziale beieinander? Wie vermeidet man demokratieerstickende Bürokratie? Komplizierte Fragen an eine Linke, die mitunter verlernt hat, über Fragen der Ökonomie zu diskutieren. Entscheidend ist, die eigentliche Zielsetzung nicht aus dem Blick zu verlieren: Die Perspektive einer gesellschaftlichen Produktionsweise, die die Entscheidungen über das Wie, Wofür und für Wen der Produktion in die Gesellschaft zurückholt und nicht denen überlässt, die in den Konzernzentralen gezeigt haben, dass sie es nicht können.

Der Sozialstaat ist mehr wert als er kostet – neue Verteilung und neue Formen des Sozialeigentums

Eine solche Ökonomie braucht einen neuen ökonomischen, aber auch einen neuen sozialstaatlichen Regulierungsrahmen. Es gehört zur politischen Ökonomie des Kapitalismus, dass Phasen der wirtschaftlichen Krise fast immer auch Phasen der Defensive der Linken und der Angriffe auf erkämpfte Sozialstandards sind, was auch heute der Fall ist. Die Abwicklung des Bürgergelds in Richtung Grundsicherung ist Teil der staatlichen Wende ins Autoritäre. Es geht nicht in erster Linie um das Einsparen von Geld. Es geht um ein Regime der Angst, dass Arbeitslose wie Beschäftigte gleichermaßen disziplinieren soll. So hat Hartz IV funktioniert, und so soll auch die neue Grundsicherung wirken. Im Jahr 2009 hatte die Deutsche Bundesbank in einem Monatsbericht (Dezember 2009) mit Genugtuung festgestellt, »dass infolge der Sozial- und Arbeitsmarktreformen in der ersten Hälfte der Dekade (gemeint waren die Hartz-Reformen – HJU) die Kompromissbereitschaft der Arbeitnehmervertreter zugenommen hat.«² Gelobt wurden »die zusätzlichen Freiheitsgrade für die betrieblichen Akteure«, also die neuen Möglichkeiten, in den Betrieben Sozialstandards zu unterbieten. Das ist das ordnungspolitische Vorbild. Die Disziplinierung der Belegschaften durch die Drohung des schnellen Abstiegs für den Fall des Verlusts des Arbeitsplatzes ist eine Begleiterscheinung, die genauso bedeutsam ist wie die bürokratische Drangsalierung von Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Oder, um es mit Pierre Bourdieu zu formulieren: Hier dominiert die rechte Hand, die repressive, die strafende Hand des Staates. Doch das ist genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen. In der Transformation brauchen wir die linke Hand, die unterstützende, die solidarische Hand. Wir brauchen ein verlässliches Mindestmaß an sozialer Sicherheit, das allen Bedürftigen zur Verfügung steht und das nach dem Stand der Produktivkräfte sowie des gesellschaftlichen Reichtums bemessen wird

² Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Dezember 2009. Frankfurt/M. 2009; S. 20.

– ohne demütigende Sanktionsdrohungen. Insgesamt laufen die Konflikte um sozialstaatliche Regulierung immer auf drei Ebenen ab: auf der Ebene der Produktion der Wertschöpfung, der Verteilung und der Ebene seiner Verwendung.

Die *Produktion* der Wertschöpfung ist die Kernsphäre der Gewerkschaften. Wir erleben hier die neue Aggressivität des Kapitals, von der bereits die Rede war. Der Konflikt bei Volkswagen war ein Signal für viele Unternehmen: Jetzt gilt! Jetzt haben wir die Chance, die IG Metall zu schleifen. Das war öffentlich sichtbar. Weniger sichtbar ist eine forcierte Verdichtung von Arbeit und die intensivierte Vernutzung der physischen und der psychischen Gesundheit der Beschäftigten in nahezu allen Betrieben. Jeder Produktwechsel, auch die in Richtung auf mehr Nachhaltigkeit, wird mit ungeheuren Produktivitätssteigerungsaufgaben versehen. Die neuen Formen der Aufbau- und Ablauforganisation gehen mit einer verstärkten Ökonomisierung der Arbeit einher. Nicht nur in der materiellen Produktion, auch im Dienstleistungsbereich und in der Wissensökonomie. Dieser Trend zur Steigerung von Produktivität über Intensivierung von Arbeit ist ein stiller schleichender Prozess, aber zugleich einer, um den sich auch die Linke kümmern sollte – in enger Kooperation mit Betriebs- und Personalräten sowie mit den Gewerkschaften, die sich auch etwas schwer mit dieser Entwicklung tun. Hier müssen sich die gewerkschaftlichen Konzepte der guten Arbeit erst noch bewähren.

Mit Blick auf die *Verteilung* der Wertschöpfung hat die Partei Die Linke in letzter Zeit mit ihren politischen Kampagnen gegen die obszöne Verteilung von Einkommen und Vermögen und vom Kampf gegen Milliardenvermögen viele mobilisieren können. Ein weiterer Punkt sollte hinzukommen: Die Universalisierung von Sozialschutz ohne unnötige Privilegien. Es ist doch ein himmelstreichender Unsinn, dass die gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Altersversicherungen eigentlich nur für die Mitte der Beschäftigten relevant sind. Den prekären Beschäftigungsverhältnissen wird vieles vorenthalten, und die hohen Einkommen sind vielfach nicht dort, sondern in berufsständigen Versorgungswerken der Notare, der Freiberufler und so weiter versichert – von den Beamten und ihren Pensionssystemen gar nicht zu reden. Wer wirklich sozialverträglich Bürokratie abbauen will, sollte universelle Bürger- und Erwerbstätigenversicherungen schaffen, in denen alle versichert sind.

Drittens: die *Verwendung* der Wertschöpfung. Hier will ich auf eine spannende Diskussion aufmerksam machen, die unter der Überschrift des Sozialeigentums geführt wird. Es war der französische Soziologe Robert Castel, der Anrechte der Beschäftigten auf soziale Leistungen als Sozialeigentum der abhängigen Arbeit charakterisiert hat. Die von Marx als eigentumslose Arbeitskraftlieferanten beschriebenen Beschäftigten, so Castel, haben sich in den wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismen Eigentum in Form sozialstaatlicher Rechte erkämpft. Mittlerweile wird diskutiert, dass diese individuelle Form des Sozialeigentums gesichert und ausgebaut werden, aber zugleich über gesellschaftliches und kollektives Sozialeigentum geredet werden muss. Damit sind etwa öffentliche Infrastruktur und öffentliche Güter gemeint, die allen Bürger*innen ohne Zugangsschranken zur Verfügung stehen sollen. Dieses gesellschaftliche Sozialeigentum sollte vor allem im Bereich der Gesundheit, der

Bildung, der Mobilität und in anderen Bereichen massiv ausgebaut werden. Ich würde nicht so weit gehen, dies als Weg in einen Infrastruktursozialismus zu interpretieren. Aber ich halte diese Strukturen für wichtige Elemente eines sozial-ökologischen Entwicklungsmodells. Entscheidend ist, dass Produktion, Verteilung und Verwendung der Wertschöpfung so organisiert werden, dass sie dem Warencharakter der Arbeitskraft entgegenwirken und als Korrekturkraft gegenüber der marktvermittelten Verteilung wirken.

Neuer Reformismus als Bindeglied von »Tagesaufgaben« und »realer Utopie« (Eric O. Wright)

Mit Blick auf sozial-ökologische Entwicklungsmodelle und -pfade liegt noch viel Arbeit vor uns. Das Notwendige ist mehr als das gegenwärtig Mögliche. Zugleich sollte in Übereinstimmung mit der linken Tradition am Notwendigen festgehalten werden, sonst enden wir in einem hilflosen Pragmatismus.

Hier kommt der Begriff der realen Utopie ins Spiel, der von dem verstorbenen amerikanischen Marxisten Erik Olin Wright geprägt wurde, der intensiv an Strategiefragen der Linken gearbeitet hat. »Reale Utopie sind Institutionen, Verhältnisse und Praktiken, die in der Welt, wie sie gegenwärtig beschaffen ist, entwickelt werden können, die dabei aber die Welt, wie sie sein könnte, vorwegnehmen und dazu beitragen, dass wir uns in diese Richtung voran bewegen.« Für mich ist ein radikal demokratisierter und ökologisch nachhaltiger Sozialismus eine solche reale Utopie. Ich glaube allerdings auch, dass die Idee des Sozialismus gegenwärtig nicht über eine hinreichende Ausstrahlungskraft verfügt, um ausreichend orientierend wirken zu können. Das hat viele Gründe, aber es ist auch auf ein Versäumnis der Linken zurückzuführen, über das gesprochen werden muss. Wir müssen sicherlich die Sackgasse des gegenwärtigen Kapitalismus analysieren und das Kind beim kapitalistischen Namen nennen. Aber wir müssen auch die Sackgassen analysieren, in die Gesellschaften geraten sind, die Wege in eine nicht-kapitalistische Ökonomie gewagt haben und gescheitert sind – oft mit hohen sozialen und ökologischen Kosten und nicht selten aufgrund der Vernachlässigung demokratischer Standards. An dieser doppelten Sackgassenanalyse müssen wir arbeiten – glaubwürdig, transparent und selbstkritisch. Nicht, um uns von der regulativen Idee eines guten Sozialismus zu verabschieden, sondern um aus gescheiterten Versuchen zu lernen und der Utopie einer sozialistischen Gesellschaft die Anziehungskraft zurückzugeben, die sie in der Geschichte linker Bewegungen oftmals hatte.

Bis dahin brauchen wir so etwas wie ein Bindeglied zwischen Realität und Utopie. Ich nenne es radikalisierten Reformismus und meine damit nicht den sozialdemokratischen Reformismus der letzten Jahrzehnte. Neu an diesem Reformismus ist die Wachstumskritik und die ökologische Sensibilität, neu muss zudem das Tempo sein, mit dem er vorgehen muss, weil die Geschwindigkeit der Umweltzerstörung uns keine jahrzehntelangen Debatten gestattet. Neu wäre auch die Tiefe von Regulation und Intervention, die bis in die Machtzentren der Ökonomie hineinreichen muss, und neu an diesem Reformismus wäre eben auch die radikale Demokratisierung und die wirkli-

che Inwertsetzung der Belegschaften als Demos der betrieblichen Entwicklungen.

Linke Klassenpolitik als Übergang von der Event-Solidarität zur Alltags-Kooperation

Vielleicht wachsen im Kampf für einen neuen, radikalisierten Reformismus insgesamt Attraktivität und Zustimmung zu linken Antworten auf die Probleme unserer Zeit. Das wäre bitter nötig, denn das, was wir bewerkstelligen müssen, schafft nicht ein Akteur allein. Dazu braucht es Allianzen, Bündnisse zwischen Akteuren, die sich auf Gemeinsames verständigen können. Allerdings gibt es defensive und offensive Bündnisorientierungen. Defensive Bündnisorientierung hofft auf einen Bündnis-Abschlepppartner, der das eigene Auto aus dem politischen Straßengraben herauszieht, was meistens schiefeht. Offensive Bündnisorientierung hingegen weiß, dass Bündnisarbeit fehlende eigene Kraft nicht ersetzen kann, dass sie aber eigene Kraft ergänzen kann und muss.

Für die politische Linke sind Allianzen mit den abhängigen Arbeitenden und ihren Gewerkschaften von besonderer Bedeutung. Die müssen eingeübt, ja politisch trainiert werden. Wichtig ist, dass gemeinsame Klassenpolitik mehr braucht als Soli-Delegationen vor Streiktoeren. Die sind wichtig, sie generieren gemeinsame Erlebnisse und Eindrücke. Aber noch wichtiger für eine kooperative Klassenpolitik ist der Übergang von der Event-Solidarität zur Alltags-Kooperation, also gemeinsame Arbeit in den Betriebs- und Personalräten und geteilte Konflikt-erfahrungen in der täglichen Kernerarbeit. Es sind halt nicht zuletzt die Mühen der Ebenen, die Gemeinsamkeiten stiften.

Dabei sollten wir uns nicht weiter in dem Scheinkonflikt zwischen Klassen- und Identitätsfragen verheddern. Die Klassenspaltung ist konstitutives Element des Kapitalismus. Jede linke Politik muss soziale Klassenpolitik zum Ausgangspunkt und zum strategischen Zentrum haben, sonst wird sie scheitern. Aber über eine klare klassenpolitische Orientierung dürfen natürlich die anderen gesellschaftlichen Konflikt- und Kampffelder nicht aus den Augen verloren werden. Wenn Menschen als Klassenindividuum diskriminiert werden, dann müssen wir ihnen klassenpolitisch zur Seite stehen. Aber wenn Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft rassistisch diskriminiert werden, dann müssen wir sie über antirassistische und internationalistische Solidarität verteidigen. Und wenn Menschen aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer geschlechtlichen Identität diskriminiert werden, dann sind genderdemokratische Aktivitäten gefragt. Nicht aus Zufall lautet der kategorische Imperativ, den ein junger Heißsporn vor vielen Jahren formuliert hat, alle – und ich betone – »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes und geknechtetes, ein verlassenes und verächtliches Wesen ist.« (Karl Marx) Das erfordert für die Linke keine Relativierung von Klassenpolitik, sondern die klassenpolitische Dimension in allen anderen Konflikten zur Sprache zu bringen und die Menschen dort zu verteidigen, wo sie diskriminiert werden. Es ist nun einmal nicht zu leugnen, dass unter kapitalistischen Verhältnissen *class*, *race* und *gender* mit Blick auf die Verteilung von Privilegien und Diskriminierungen ineinandergreifen. Darauf muss linke Politik reagieren.

»The Proof of the Pudding is in the Eating.«

Mein zweifelsohne nicht bescheidenes Fazit lautet:

- sich als Friedenskraft in einer Welt neoimperialistischer Machtkonflikte positionieren,
- den deutschen Kapitalismus auf ein nachhaltiges Entwicklungsmodell überführen und die transnationale Perspektive nicht vergessen,
- der Zerstörung der Vernunft und von Demokratie von rechts, die linke Aktion entgegenzusetzen,
- die Produktionsweise dekarbonisieren, demokratisieren und sozialisieren,
- neue Verteilung von Vermögen, Sozialeigentum und Lebenschancen,
- soziale, antirassistische und genderdemokratische Klassenpolitik stärken
- und bei all dem die konkrete Utopie einer wirklich freien Gesellschaft nicht aus dem Auge zu verlieren.

Ich fürchte, viel einfacher wird nicht zu haben sein, was wir uns vornehmen müssen. Und wenn es gut läuft, hilft uns eine kooperative Programmdebatte dabei. Wolfgang Abendroth, einer der ganz wenigen marxistischen Universitätsprofessoren in der alten Bundesrepublik, war nicht nur ein herausragender Intellektueller und enger Verbündeter der Arbeiter*innenbewegung. Er empfahl uns auch, Programmdebatten mit zwei Maßstäben zu messen. Gut ist ein Programmprozess, wenn er erstens ein gutes Produkt hervorbringt, also ein Programm, das in turbulenten Zeiten Orientierungshilfen bereitstellt. Zweitens sollte der Diskussionsprozess ruhig kritisch und kontrovers ausfallen, am Ende aber Verständigung ermöglichen und vorhandene Gräben nicht weiter vertiefen.

Ich möchte einen dritten Punkt hinzufügen. Wir leben in einer Zeit, in der tiefgreifende Umbrüche die Verhältnisse zum Tanzen bringen. Viele Veränderungen sind weder abgeschlossen noch abschließend bewertbar. In einer solchen Zeit braucht ein gutes Programm auch den Mut, sich immer wieder selbst zu überprüfen und zu korrigieren und sich gegenüber Erfahrungen aus politischen Kämpfen und Konflikten offen zu halten. Eine lebendige Programmatik muss aus der Dialektik von Theoriearbeit und politischer Praxis Energie beziehen. Denn zu guter Letzt erweist sich die Tauglichkeit eines guten linken Programms an seinem Beitrag zu einer erfolgreichen transformativen Praxis. Oder anders und viel schöner gesagt: »The Proof of the Pudding is in the Eating«, wie Friedrich Engels ein altes Sprichwort aufgreift. Dieser Appell an die Praxistauglichkeit linker Theorie und Programmatik hat bis heute nichts an Aktualität eingebüßt.

Ich wünsche uns und der gesamten Gesellschaft, dass der programmatisch neu angerührte Pudding immer mehr Menschen schmeckt, und dass eine zeitgemäße Linke die notwendige Kraft entwickelt, die Verhältnisse neu zu einer wirklich sozialen, demokratischen und nachhaltigen Gesellschaft zusammenzufügen. Diese Gesellschaft wird eine jenseits des heutigen Kapitalismus sein müssen. Eines Kapitalismus, der nach innen immer autoritärer und der nach außen immer imperialistischer wird und der schon deshalb seine historische Existenzberechtigung längst verspielt hat.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

